

# Erneute Benachrichtigung der Behörden am Bauleitplanverfahren und am vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 (2) i.V. § 4a (3) Baugesetzbuch)

## Vorbemerkung

Mit Benachrichtigung wird den Behörden Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die Notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Auf Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums und andere Ministerien vom 21.12.1995 – AZ:VI – 25 05.8/8 –GABl. S. 54, Jahrgang 1996 wird Bezug genommen.

Eingang beim Adressat

(Leerzeilen bitte ausfüllen, zutreffendes ankreuzen X)

Absender/Träger öffentlicher Belange:

**Bearbeiter:**

**Tel.:**

**Fax:**

**Az.:**

Adressat/bearbeitende Stelle

Rottweiler Ing. – und Planungsbüro GmbH  
Stadionstraße 27  
78628 Rottweil  
andre.leopold@rip-rw.de

**Bearbeiter:** Dipl.-Ing. André Leopold

**Tel.:** 0741 / 280 000 13

**Fax:** 0741 / 280 000 50

Rottweil, den 24.06.2026

## 1. Allgemeine Angaben:

- Träger des Verfahrens
- Flächennutzungsplan
- Bebauungsplan >>**BBP Sondergebiet Fülgraben**<<, Sondergebiet großflächiger Einzelhandel, Gemeinde Dietingen, Landkreis Rottweil
- Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- sonstige Satzungen

Erneute Benachrichtigung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)  
Erneute Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

vom 29.06.2026 bis 13.07.2026  
vom 29.06.2026 bis 13.07.2026

## 2. Stellungnahme

- ( ) keine Bedenken  
(die Seiten 2 bis 4 entfallen)

.....  
**Datum / Unterschrift**

- ( ) fachliche Stellungnahme  
(siehe Seite 2 bis 4)

1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.

1.1 Art der Vorgabe

1.2 Rechtsgrundlage

1.3 Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen)

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.

3. Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen.

.....  
**Datum**

.....  
**Unterschrift**